

# FFE FORUM FRIEDENSETHIK

in der Evangelischen Landeskirche in Baden

Leitungskreis: Christiane Drape-Müller, Dr. Dirk-M. Harmsen, Manfred Jeub, Felix Klinger, Peter-Michael Kuhn, Johannes Maier, Helga Schmidt, Jürgen Stude, Dr. Wilhelm Wille

FFE c/o Dr. Dirk-M. Harmsen  
Bertha-von Suttner-Str. 3a, 76139 Karlsruhe

Herrn  
Dr. Rolf Mützenich  
Vorsitzender der SPD-Fraktion  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Karlsruhe, 5. November 2022

Sehr geehrter Herr Mützenich,

während unserer heutigen Jahrestagung zum Thema „*Die Friedensbewegung und die „Zeitenwende“*“ haben wir aufgrund einer Wortmeldung von Andreas Zumach durch die nachstehende dpa-Meldung erfahren, welchen völlig unakzeptablen Anfeindungen und Bedrohungen Sie aus der Ukraine wie aus Deutschland ausgesetzt sind wegen Ihres Plädoyers für einen Waffenstillstand im Ukrainekrieg oder zumindest lokale Waffenruhen und weitergehende diplomatische Schritte. Die zum Zeitpunkt der Mitteilung durch Andreas Zumach anwesenden über 50 Tagungsteilnehmer:innen haben einstimmig festgestellt:

Sie haben unsere volle Zustimmung und Unterstützung für Ihre Haltung. Bleiben Sie stark und lassen Sie sich nicht einschüchtern weder durch Organe oder Vertreter der ukrainischen Regierung noch durch KoalitionspolitikerInnen von Grünen und FDP.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr



Dr. Dirk-Michael Harmsen  
Tel. 0049-721-68 52 89, Fax 0049-3212-104 67 39  
dmharm@web.de

Das „**FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden**“ ist ein ökumenisch offener Zusammenschluss von rund 80 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. Konträre Positionen in der Gesellschaft über die Bedeutung von militärischen oder pazifistischen Lösungsversuchen werden dabei miteinander ins Gespräch gebracht. Die Gründung erfolgte im Januar 2000. Ein Leitungskreis ist verantwortlich für die Herausgabe von Rundbriefen sowie für die thematische Vorbereitung und Durchführung von Studientagen; er arbeitet ehrenamtlich.

bdt0211 pl 4 dpa 0703 über dpaline vom 05.11.22 15:02:45  
Parteien/Konflikte/Krieg/Deutschland/Berlin/Ukraine/Russland/SPD/

(Aktualisierung: mit mehr Hintergrund und neuen Zitaten)  
Mützenich: Ukrainische Regierung hat mich auf "Terrorliste" gesetzt

Berlin (dpa) - SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hat der ukrainischen Regierung vorgeworfen, ihn schon vor längerer Zeit auf eine "Terrorliste" gesetzt zu haben. "Ich bin schon irritiert gewesen, dass ich von der ukrainischen Regierung auf eine Terrorliste gesetzt wurde mit der

Begründung, ich setze mich für einen Waffenstillstand ein oder für die Möglichkeit, über lokale Waffenruhen auch in weitere diplomatische Schritte zu gehen", sagte Mützenich am Samstag beim SPD-Debattenkonvent in Berlin. Er habe deswegen auch Drohungen bekommen. "Auf dieser Grundlage, dass man auf diese Terrorliste der ukrainischen Regierung gekommen ist, hat man ja sozusagen dann auch Sekundärdrohungen bekommen. Auch nicht gerade einfach, damit umzugehen."

Das "Zentrum gegen Desinformation des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine" hatte Medienberichten zufolge bereits im Juli im Internet eine Liste mit 75 Persönlichkeiten veröffentlicht, auf der auch Mützenich aufgeführt war. Der Vorwurf: Die Verbreitung von "Narrativen", die mit russischer Propaganda übereinstimmen. Mützenich sei mit dem Hinweis aufgeführt gewesen, dass er sich für einen Waffenstillstand einsetze. Die Seite lässt sich inzwischen nicht mehr aufrufen.

Mützenich sagte, wenn der Einsatz für einen Waffenstillstand ein Kriterium für eine solche Liste sei, dann müsse auch UN-Generalsekretär Antonio Guterres darauf gesetzt werden. Er beklagte eine "Diskriminierung" derjenigen, die sich wie er selbst für Diplomatie mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine stark machen.

Er warf diese Diskriminierung auch den Koalitionspartnern der SPD vor, also den Grünen und der FDP. "Das geht ja bis hinein auch teilweise zu den Koalitionspartnern. Gegen diesen Rigorismus, gegen den wende ich mich." Mützenich verteidigte seine Forderung nach mehr Diplomatie vehement: "Es bleibt dabei: (...) Die meisten Kriege sind am Ende nicht auf dem Schlachtfeld beendet worden."